

FDP-Vorschlag stößt in Bonn auf Widerstand

VON THOMAS AGTHE, 31.05.05, 07:53h

Bonn - Der Plan des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Gerhardt, das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) aufzulösen und in das Auswärtige Amt (AA) einzugliedern, stößt in Bonn auf Widerspruch. Gerhardt, der für den Fall eines Wahlsieges von Union und FDP als Außenminister einer schwarz-gelben Koalition gehandelt wird, hatte in einem Interview gesagt: „Die FDP hat das schon immer für richtig gehalten, dabei bleiben wir.“

Die FDP hatte in der Vergangenheit mehrfach im Bundestag die Auflösung des BMZ beantragt, war aber stets gescheitert. Scharfe Kritik äußerte Bonns SPD-Bundestagsabgeordneter Ulrich Kelber, der das Vorgehen der FDP als falsches Signal an die Partnerländer in Asien, Afrika und Lateinamerika bezeichnete. Kelber sprach auch von einem „Frontalangriff auf Bonn“. Der mögliche CDU-Kandidat für die kommende Bundestagswahl, Stephan Eisel, sagte, die CDU werde das BMZ „mit Sicherheit nicht auflösen“, und der FDP-Kreisvorsitzende in Bonn, Werner Hümmrich erklärte, „eine etwas andere Meinung“ als Herr Gerhardt zu haben. „Der Stellenwert der Entwicklungspolitik ist zu bedeutend.“

Die Stadt Bonn verwies gestern in einer Erklärung auf das Berlin-Bonn-Gesetz, dass eindeutig die Politikbereiche der Entwicklungszusammenarbeit in Bonn festschreibt. Vor allem müssten die ministeriellen Ansprechpartner der in Bonn ansässigen UN-Einrichtungen verabredungsgemäß am Rhein bleiben.

<http://www.ksta.de/artikel.jsp?id=1117221524710>



Den Kölner Stadt-Anzeiger jetzt online abonnieren!

Copyright 2002 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.